

3. *Der Bericht hat die Gründe für die derzeitige Organisation der Immobilienverwaltung beim Bund mit zwei in unterschiedlichen Departementen angesiedelten Ämtern (BBL im EFD, Armasuisse Immobilien im VBS) aufzuzeigen.*

Der Bundesrat hat am 14. April 2021 einen Bericht zur «Ausserbetriebnahme von Immobilien des VBS» verabschiedet, der die Anliegen der beiden Postulate behandelt. Er wurde von den Finanzkommissionen beider Räte und der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerats zur Kenntnis genommen.

Der Bundesrat erachtet die Anliegen der Postulate als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2017 M 16.3063 Elektromobilität. Der Bund muss ein Vorbild sein
(N 16.3.17, Buttet; S 25.9.17)

Eingereichter Text: *Der Bundesrat wird beauftragt, alle Organe des Bundes dazu zu verpflichten, im Rahmen des wirtschaftlich und technisch Möglichen die Elektromobilität zu bevorzugen.*

Am 3. Juli 2019 hat der Bundesrat ein Klimapaket für die Bundesverwaltung beschlossen. Als eine der Massnahmen hat er das VBS beauftragt, die Weisungen über die ökologischen Grundsätze der Beschaffung und Nutzung von Verwaltungsfahrzeugen so anzupassen, dass bei der Neuzulassung von Fahrzeugen mit einem Gewicht bis zu 3.5 Tonnen ein Anteil von mindestens 20 Prozent bis Ende 2022 elektrisch betrieben sind.

Das VBS hat die Weisungen revidiert und per 1. Januar 2021 in Kraft gesetzt. Dabei hat es den Grundsatz festgelegt, dass nur rein elektrisch betriebene Personenwagen zu beschaffen sind. Ausnahmen können vom Generalsekretariat des jeweiligen Departements gewährt werden. Zudem hat armasuisse mittels einer WTO-Ausschreibung das Angebot an elektrisch betriebenen Fahrzeugen deutlich ausgebaut.

Die UREK-N zeigte sich an der Sitzung vom 1. November 2021 zufrieden mit der Umsetzung der Motion. Die UREK-S beurteilte die Motion anlässlich der Sitzung vom 15. November 2021 als erledigt.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

Nachrichtendienst

2017 P 17.3831 Griffige Instrumentarien gegen Gewaltextremisten
(N 15.12.17, Glanzmann)

Eingereichter Text: *Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht aufzuzeigen, welche gesetzlichen Grundlagen, insbesondere im Strafrecht, und Instrumentarien es braucht, um besser gegen Gewaltextremisten vorgehen zu können.*

Postulatsbericht vom 13. Januar 2021 «Griffige Instrumentarien gegen Gewaltextremismus».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

Verteidigung

2017 P 17.3106 Armee 2.0. Die Schweiz muss das Technologie-Know-how fördern und sichern (N 16.6.17, Dobler)

Eingereichter Text: *Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, wie die Armee den zunehmenden Kompetenzbedarf im Bereich der neuen Technologien langfristig sicherstellen will. Folgende Aspekte sind besonders zu betrachten:*

1. *Die personelle Sicherstellung des stetig zunehmenden technologischen und wissenschaftlichen Kompetenzbedarfs.*
2. *Abklärung des Bedarfs an wissenschaftlichen und technologischen Mitarbeitern in der heutigen und zukünftigen Armee. Beispiele sind die zunehmenden Herausforderungen im Cyberbereich oder die technologische Entwicklung.*
3. *Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen und Wirtschaft (inklusive Bundesbetriebe, Bsp. Israel).*
4. *Die Rolle der AdA: Möglichkeit wissenschaftlicher Durchdiener; längere Einsatzdauer; Anrechenbarkeit von wissenschaftlichen Praktika oder Doktorarbeiten als Diensttage.*
5. *Neue Kriterien der Diensttauglichkeit für Träger von Spezialwissen (differenzierte Tauglichkeit); neue Beförderungsmechanismen für länger im System zu haltende Wissensträger.*

Postulatsbericht vom 11. Dezember 2020 «Armee – Sicherstellung der Kompetenzen im Bereich der neuen Technologien».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2019 P 19.3789 Stärkung der Chancen und Rechte der Frauen in der Armee. Erfahrungen in ausgewählten Staaten (N 27.9.19, Seiler Graf)

Eingereichter Text: *Der Bundesrat wird eingeladen abzuklären, wie ausgewählte Staaten die Chancen und Rechte der Frauen in der Armee stärken, vorbildliche Methoden vor dem Hintergrund seiner eigenen Politik zur Gleichstellung von Mann und Frau in Staat und Gesellschaft bewerten und darüber Bericht erstatten.*

Der Bundesrat hat die Anliegen des Postulats in seinem Bericht zur Alimentierung von Armee und Zivilschutz aufgenommen. Den ersten Teil des Berichts, der die Entwicklung der Bestände beider Organisationen analysiert und schwergewichtig für den Zivilschutz kurz- und mittelfristige Massnahmen zur Sicherung der Bestände enthält, hat der Bundesrat am 30. Juni 2021 verabschiedet; der zweite Teil des Berichts mit Überlegungen zur längerfristigen Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems folgt Anfang 2022.